



FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER

LANDESGRUPPE SALZBURG

ArbeiterKammerFraktion

ANTRAG

der Fraktion Freiheitlicher Arbeitnehmer in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg, vorgelegt in der 7. Vollversammlung am 24. Mai 2022 betreffend

Kostenlawine stoppen

Mit ihrer völlig fehlgeleiteten Corona-Politik hat die schwarzgrüne Bundesregierung eine soziale Krise ungeahnten Ausmaßes angefacht. Die Teuerung hat per Ende April einen Wert von über 7 Prozent innerhalb nur eines Jahres erreicht. Derartige Inflationsraten hat Österreich seit rund 40 Jahren nicht mehr gesehen.

Die Inflation schlägt dabei vor allem bei jenen Gütern zu, die für die Bürger unverzichtbar sind. Hauptbetroffen sind die Bereiche Verkehr und Wohnen, beide vor allem getrieben durch explodierende Energiepreise sowohl für Treibstoff als auch für Strom und Gas. Die Teuerung macht sich jedoch auch in vielen anderen Bereichen – etwa bei Nahrungsmitteln – bemerkbar und wird dort durch die gestiegenen Kosten für Produktion und Transport von Gütern weiter anwachsen.

Der größte Profiteur der Teuerung ist der Staat. Durch die Mehrwertsteuer schneidet der Finanzminister bei jeder Preissteigerung kräftig mit. Der Regierung kommt die Inflation gar nicht ungelegen, hat sie den Staat doch in den letzten beiden Jahren massiv neu verschuldet, indem sie milliardenschwere Hilfspakete für die Kosten völlig unwirksamer Lockdowns geschnürt hat, anstatt die Unternehmer und Arbeitnehmer weiter arbeiten zu lassen.

Anstatt endlich gegenzusteuern, facht die Bundesregierung die Teuerung durch die „öko-assozielle Steuerreform“ weiter an. Die beschlossene CO₂-Abgabe soll im Juli in Kraft treten und wird Benzin und Diesel um weitere knapp 10 Cent pro Liter teurer machen. Trotz der explodierenden Preise halten vor allem die Grünen eisern an diesem Anschlag auf die Brieftaschen der Österreicher fest, der in den folgenden Jahren sogar noch ausgeweitet werden soll.

Massiv angefacht wird die Teuerung durch den Krieg in der Ukraine. Anstatt alle Kraft für einen Stopp der Kampfhandlungen und eine Verhandlungslösung einzusetzen, heizen die

europäischen – und auch die österreichischen – Spitzenpolitiker die Eskalation durch immer härtere Sanktionen gegen Russland weiter an. Sie ignorieren dabei ihre Verantwortung für die eigenen Bürger, die unter den Sanktionen ebenfalls zu leiden haben. Ein Stopp des Imports von russischem Gas und Öl würde der Kostenlawine weitere Nahrung geben.

Antrag:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg fordert daher die Bundesregierung auf:

- Halbierung bzw. bei weiterem Preisanstieg sowohl völlige Streichung der Mehrwertsteuer auf Mineralölprodukte,
- eine signifikante Erhöhung des Pendlerpauschale,
- die Streichung der im Zuge der Steuerreform beschlossenen CO₂-Abgabe,
- die Halbierung beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen völlige Streichung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom für Privathaushalte aber auch für kleine und mittlere Unternehmen,
- die Einführung eines bundesweiten Heizkostenzuschusses für bedürftige Personen in der Höhe von mindestens 300 Euro pro Haushalt und Jahr,
- eine automatische Inflationsanpassung sämtlicher Versicherungs-, Familien- und Sozialleistungen, insbesondere der Pensionen, des Arbeitslosengeldes sowie der Familienbeihilfe und des Pflegegeldes,
- die Zusammenstellung eines Warenkorb von Grundnahrungsmitteln Streichung der Mehrwertsteuer auf die darin enthaltenen Produkte,
- sich für eine zumindest der Inflation entsprechende Lohnerhöhung für Arbeitnehmer einzusetzen sowie
- eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten, um die Unternehmer nicht über Gebühr zu belasten und einen weiteren Preisanstieg bei den Produkten und Dienstleistungen zu verhindern.
- Halbierung bzw. bei weiterem Preisanstieg sowohl völlige Streichung der Mehrwertsteuer auf Mineralölprodukte,
- eine signifikante Erhöhung des Pendlerpauschale,
- die Streichung der im Zuge der Steuerreform beschlossenen CO₂-Abgabe,
- die Halbierung beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen völlige Streichung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom für Privathaushalte aber auch für kleine und mittlere Unternehmen,
- die Einführung eines bundesweiten Heizkostenzuschusses für bedürftige Personen in der Höhe von mindestens 300 Euro pro Haushalt und Jahr,
- eine automatische Inflationsanpassung sämtlicher Versicherungs-, Familien- und Sozialleistungen, insbesondere der Pensionen, des Arbeitslosengeldes sowie der Familienbeihilfe und des Pflegegeldes,

- die Zusammenstellung eines Warenkorbs von Grundnahrungsmitteln Streichung der Mehrwertsteuer auf die darin enthaltenen Produkte,
- sich für eine zumindest der Inflation entsprechende Lohnerhöhung für Arbeitnehmer einzusetzen sowie
- eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten, um die Unternehmer nicht über Gebühr zu belasten und einen weiteren Preisanstieg bei den Produkten und Dienstleistungen zu verhindern.

Salzburg, 6.5.2022

Für die FA-Fraktion
FO Friedrich Kößler